



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Kassel-Stadt
Humboldtstraße 8a
34117 Kassel
Tel: (0561) 7001030
Fax: (0561) 7001032



Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Kassel Stadt
Uhlandstraße 1
34119 Kassel
Tel: (0561) 18811
Fax: (0561) 13660

Vereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
über eine Zusammenarbeit in der
Stadtverordnetenversammlung Kassel
für die Wahlperiode bis 2011

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben seit Beginn dieser Wahlperiode die städtischen Haushaltspläne gemeinsam getragen. Sie haben bei allen unterschiedlichen Meinungen zu einzelnen Sachfragen Änderungen gemeinsam verabredet und die Haushaltspläne gemeinsam verabschiedet. Mit ihrer Vereinbarung knüpfen die Parteien an diese Erfahrung an. Grundlage ist dabei die Überzeugung, dass einzelne Themenfelder der Stadtpolitik einer längerfristigen Planung und Absicherung bedürfen. Auf solche Themen, die über tagesaktuelle Entscheidungen oder Einzelfragen hinausgehen, konzentriert sich die Vereinbarung. Sie hat keinen Anspruch auf Exklusivität und schließt zusätzliche, weiterführende Vorschläge auch anderer Fraktionen oder einzelner Stadtverordneter nicht aus. Alle Stadtverordneten bleiben weiter aufgefordert, ihre Vorschläge für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einzubringen. Genauso erhoffen beide Partner eine Zustimmung der übrigen Stadtverordneten zu einzelnen Projekten dieser Vereinbarung.

Zentrale Themenfelder sehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels, der **nachhaltigen Stadtentwicklung** sowie einer **familienfreundlichen Stadt Kassel - Stadt der Bildungschancen**. Angesichts dieser Herausforderungen wollen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Kasseler Stadtpolitik eine verlässliche Gestaltung, Planungssicherheit und die Handlungsfähigkeit der Stadt Kassel sicherstellen.

1. Stadt und Region im demografischen Wandel

Die prognostizierte demografische Entwicklung in Stadt und Region stellt die Kommunalpolitik vor große Herausforderungen und erhöht den Handlungsdruck für eine engere Kooperation zwischen der Stadt Kassel, dem Landkreis Kassel und seinen Städten und Gemeinden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass nur über eine engere Zusammenarbeit die Lebenschancen der Menschen in Stadt und Region verbessert werden können. Die Region Kassel darf nicht zu einer „Verliererregion“ der demografischen Entwicklung werden. Zukünftig müssen die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und der Region ausreichend qualifizierte Arbeit finden, Kinder und Jugendliche behütet und unterstützt aufwachsen und kompetent ausgebildet werden. Zu einer zukunftsfähigen Region zählt auch ein reiches kulturelles Angebot. Die demografische Entwicklung ist damit eine Querschnittsaufgabe für sämtliche Handlungsfelder der Kommunalpolitik. Projekte sind vernetzt zu denken und zu entwickeln.

Entsprechend diesem vernetzten Ansatz sehen die Partner ihre Vereinbarungen zu einer guten Kinderbetreuung und einer Verbesserung des Bildungsangebotes, zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Über diese Einzelprojekte hinaus halten SPD und Bündnis 90/Die Grünen an ihren Vorschlägen zur Regionalreform fest. Sie sind sich darüber einig, dass über die bestehenden Formen der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadt Kassel hinaus weitere Kooperationsformen entwickelt werden müssen.

Ziel bleibt eine **Regionalreform** in Anlehnung an das „Modell Hannover“, das nach wie vor bei Würdigung anderer regionaler Ansätze am gelungensten erscheint. Die

Fraktionen sollen im Ausschuss zur Entwicklung der Region Kassel sowie in der Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Ausschuss des Kreistages dieses Ziel gemeinsam verwirklichen.

Zu den Herausforderungen des demografischen Wandels gehört nach Ansicht beider Parteien auch, **Bindung und Identität der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Stadt** zu festigen und zu erhöhen. Sie setzen sich deshalb für eine stärkere Offenheit kommunalen Handelns gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein. Dieses beinhaltet zum einen, dass die Angebote zur Mitgestaltung und Mitentscheidung bei städtischen Planungen und Projekten verstärkt werden. Hierunter fallen beispielsweise partizipative Angebote wie die Einbindung vor und Mitgestaltung bei quartiersbezogenen Planungen und Projekten oder das Recht der Behandlung von Anfragen oder Eingaben. Zum anderen sollen die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement ausgebaut werden. Engagementpolitik und -förderung umfassen dabei auch Maßnahmen zum Ausbau entsprechender Infrastruktur sowie die Bereitschaft, die Bürgerinnen und Bürger als Co-Produzenten städtischer Dienstleistungen zu stärken.

Beide Partner erklären sich bereit, entsprechende Ansätze zu unterstützen.

2. Nachhaltige Stadtentwicklung

Umwelt und Verkehr – soziale und kulturelle Projekte

In der Stadtentwicklung soll der Ansatz des vernetzten politischen Denkens sichtbar werden: Eine umweltverträgliche Stadtgestaltung, wirtschaftliche Potenziale, Impulse für eine soziale, kinder- und familienfreundliche Stadt, die Wünsche und Kompetenzen älterer Menschen, die Wege zur Kulturstadt müssen alle in der Stadtentwicklung aufgegriffen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung in Kassel, der Region Kassel und Nordhessens hat die räumliche Entwicklung in Richtung Kernstadt große Bedeutung. Die innerstädtische Platzgestaltung und zeitgemäßer Wohnungsumbau sind Aufgaben, die sofort begonnen und konsequent durchgeführt werden müssen. Die Idee der „Innenstadt der kurzen Wege“ dient dabei auch aus verkehrlicher Sicht als Leitbild. Die Steigerung der Attraktivität umweltschonender und leiser Verkehrsarten wird angestrebt.

Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist eine Pflichtaufgabe der Stadt geworden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, die lokale Wirtschaft zu fördern und die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Eine spezifische Kasseler Energiestrategie soll etabliert werden.

Sozialpolitik ist nicht nur eine Angelegenheit des Bundes und des Landes. Kommunale Sozialpolitik stärkt das nachbarschaftliche Zusammenleben, leistet Hilfe zur Selbsthilfe und verbessert die öffentliche Infrastruktur. Soziale Sicherheit bedeutet wesentlich auch Partnerschaft, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement.

Kultur ist ein Spiegel, der Auskunft gibt über den Zustand städtischen Lebens. Kulturelle Vielfalt und künstlerische Toleranz sind Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens. Kassel verfügt über vielseitige kulturelle Angebote.

Diese kulturelle Vielfalt in einer lebendigen und vernetzten Szene schafft das anregend positive Lebensgefühl einer Stadt mit Urbanität.

- Im Zuge der **Umsetzung des Innenstadt-Leitbildes** sollen innerstädtische Plätze eine neue Gestalt erhalten. Oberste Priorität für die beiden Parteien haben der Karlsplatz und der Entenanger. In die mittelfristige Finanzplanung wird die Neugestaltung des Pferdemarktes aufgenommen.
- Die **Fuldauferpromenade** ist ein Meilenstein auf dem Weg, die Fulda wieder stärker in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung zu rücken und die innerstädtische Uferlandschaft aktiv in die Stadtgestaltung mit einzubeziehen.
- Neben der guten Erreichbarkeit der Innenstadt durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Auto ist auch die **Erreichbarkeit und Durchlässigkeit der Innenstadt für Fußgänger** sicherzustellen. Dazu kann auch eine neue Brücke als Verbindung des restaurierten Karlsruhospitals mit der Zeughausstraße dienen, die die Partner mittelfristig realisieren wollen.
- Staatliche und städtische Museen werden zur Zeit ausgebaut und für Besucher attraktiver gemacht. Dazu gehört auch ein **Verkehrskonzept, das die Verknüpfung der Museumsstandorte (Innenstadt und Park Wilhelmshöhe) optimiert und transparent macht**. Eine **Straßenbahnverbindung zum Herkules** ist hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen und bei Eignung in das Verkehrskonzept zu integrieren.
- Die Funktion des Fahrradbeauftragten wird durch die Ausweitung auf eine volle Stelle aufgewertet, um die **Bedingungen für die Entwicklung des Radverkehrs zu optimieren**.
- DeENet ist mit finanzieller Beteiligung der Stadt Kassel mit der Erstellung eines Masterplans „Energieeffizienz“ beauftragt und entwickelt auch ein Konzept für die Umsetzung einzelner Maßnahmen für die Stadt Kassel und die Städte und Gemeinden im Landkreis Kassel. Nach Vorlage dieses Konzepts soll eine Verständigung über die schrittweise Umsetzung einer **gesamtstrategischen Ausrichtung zu einer dezentralen Energieversorgungsstruktur** und zu einer **energieeffizienten Stadt** erfolgen.
- Die Kasseler Bürgerinnen und Bürger sollen in einem **gesunden Wohnumfeld** leben. Das bedeutet, dass die im Luftreinhalteplan beschriebenen Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung umgesetzt werden, dass es eine Lärminderungsplanung gibt und dass längerfristig die Sicherung und Entwicklung des Arten- und Biotoppotenzials mittels einer Biodiversitätsstrategie erfolgt.
- Das Bund-Länder-Programm „**Soziale Stadt**“ hat gerade am Beispiel „Wesertor“ gezeigt, dass städtische Probleme nur unter Beteiligung aller politischen Ebenen und in Kooperation zwischen vielen Beteiligten zu

lösen sind. Bei der Stadtentwicklung geht es immer weniger allein um die baulich-räumliche Dimension, sondern um ökonomische, soziale, bildungspolitische, kulturelle oder ökologische Dimensionen. Diesen Ansatz wollen wir auf andere Stadtteile übertragen und anpassen. Oberste Priorität hat für die beiden Parteien der Stadtteil Rothenditmold.

- Für ein **Brüder Grimm-Museum der Zukunft** bedarf es eines neuen Standortes. Über die **Nutzung des denkmalgeschützten Palais Bellevue** werden sich die beiden Partner verständigen.
- Das **Stadtmuseum** wird am Standort erweitert.
- Zu dem positiven Lebensgefühl in der Kulturstadt tragen im besonderen Maß die Initiativen der freien Kulturszene bei. Durch die Ermittlung und Feststellung von den Bedürfnissen der Nutzer im Dock 4 geben SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Bekenntnis für die Bedeutsamkeit der freien Szene und der documenta ab.
- Das **Museum für Sepulkralkultur** erhält von der Stadt für das Jahr 2009 ausreichend Komplementärmittel, um vorhandene Bundeszuschüsse nutzen zu können.

3. Familienfreundliches Kassel - Stadt der Bildungschancen

Kinder müssen gute Lebensbedingungen haben und für Eltern soll die Familie mit dem Beruf vereinbar sein. Kassels Chance für die Zukunft liegt darin, sowohl Ausbildung als auch Arbeitsplätze anzubieten. Nur exzellente Bildung und Ausbildung ermöglichen es, wirtschaftlich wie kulturell den internationalen Wettbewerb zu bestehen. Familienpolitik wird vom Kind aus gedacht: Jedes Kind hat nicht nur ein Anrecht auf Fürsorge, sondern auf eine eigenständige Entwicklung und eine umfassende ganzheitliche Bildung – und zwar von Anfang an. Auch im Bereich Bildung wirft der demografische Wandel seinen Schatten voraus. Weniger Kinder bedeuten aber nicht weniger Ausgaben für Kindergärten und Schulen. Die wenigen Kinder, die wir haben, brauchen mehr Bildung. Bildung ist eine zentrale Zukunftsausgabe und eine der wichtigsten Standortfaktoren. Eine alternde Gesellschaft kann es sich sozial und volkswirtschaftlich nicht leisten, die Potenziale der nachwachsenden Generation, der MigrantInnen, der jungen Mädchen und Frauen nicht optimal zu fördern und zu nutzen.

- Kassel liegt in der Zahl der Sorgerechtsentzüge über dem bundesweiten Durchschnitt. Ein **Präventionskonzept Frühe Hilfen** „Willkommen von Anfang an“ soll umgesetzt werden.
- Wir werden die Zahl der **Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige** weiter erhöhen.
- Die Intensivierung und **qualitative Verbesserung der frühkindlichen und vorschulischen Bildung** wird weiter voran getrieben. Das Eckpunktepapier mit dem Ziel, die Erzieherinnen- und Erzieherstellen auf 2,0 je Kindertagesstättengruppe zu erhöhen, soll umgesetzt werden.

Dies ist die Voraussetzung, um den **Bildungs- und Erziehungsplan** in Kassel flächendeckend umzusetzen.

- Die Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung muss kostenfrei werden, deswegen wird das Ziel der **Entgeltbefreiung** weiter verfolgt.
- Sechs Grundschulen sollen bis 2011 in **Ganztagschulen** umgewandelt werden. Ganztagschulen bieten mehr Zeit für individuelle Förderung, soziales Lernen, mehr Zeit für Bewegung, kreatives und experimentelles Arbeiten und musische Angebote. Sie ermöglichen eine Rhythmisierung des Unterrichtstages: die starre Trennung von Unterricht am Vormittag und außerunterrichtlichen (Freizeit-)Angeboten am Nachmittag wird aufgehoben.
- Ein strukturiertes und verbindliches Konzept in der **Berufsorientierung und ein Übergangmanagement an Schulen** verbessern Einmündungsquoten, verhindern fehlbesetzte Ausbildungsplätze und –abbrüche oder perspektivlose Warteschleifen. Geschlechtsspezifische Berufswahlmuster können so aufgebrochen werden. Es gibt mittlerweile über 700 Ausbildungsberufe. Nicht nur unter Gendergesichtspunkten lohnt es sich, den Blickwinkel zu weiten und die Berufsorientierung frühzeitig in den Schulalltag zu integrieren.
- Der Ausbau zu Ganztagschulen ist auf einem guten Weg, der zügig zu Ende gegangen werden muss. Der Sanierungsstau an den Kasseler Schulen ist zu 2/3 behoben. Das letzte Drittel der Schulen wird jetzt zügig saniert. Schwerpunkte bis 2011 sind die Fertigstellung des zweiten Berufsschulzentrums, die Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule und der Herinrich-Schütz-Schule.
- Das Konzept **Familienzentrum** soll stufenweise umgesetzt werden. Es soll dazu dienen, Familien und insbesondere Alleinerziehende, in der Elternarbeit zu unterstützen. Kernstück soll jeweils eine Kindertagesstätte sein, in der viele unterschiedliche Angebote für Eltern vernetzt werden. Die Vernetzungsarbeit soll bis 2011 in den Stadtteilen Rothenditmold, Oberzwehren und Forstfeld begonnen werden.
- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird proportional zur Gesamtbevölkerung ansteigen. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen. Ein **Netzwerk INTERKULTUR** soll etabliert, gefördert und moderierend begleitet werden. Dabei sollen auch die Kontakte zwischen Kulturinstitutionen, Kulturschaffenden und kulturinteressierten Menschen mit Migrationshintergrund koordiniert werden.

4. Haushalt und Finanzen

Die städtischen Finanzen müssen auf Dauer konsolidiert werden. Die Haushaltsführung folgt weiterhin diesem Gebot. In den einzelnen Haushalten sollen mindestens die Abschreibungen und Rückstellungen erwirtschaftet werden. Dies entspricht einem jährlichen Schuldenabbau in der Größenordnung des

Haushaltsjahres 2008. Bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele ist die Entwicklung der kommunalen Finanzen von besonderer Bedeutung.

Die Haushalte werden gemeinsam verabschiedet. Für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 ist ein Doppelhaushalt vorgesehen. Der Doppelhaushalt trägt dem Wunsch nach Planungssicherheit für längerfristige Projekte Rechnung. Erforderliche Anpassungen erfolgen gemeinsam.

Die beiden Fraktionen prüfen, wie sie mittels der Bündelung von Kompetenzen Kosten einsparen können und zeitgleich den bisherigen Stand der städtischen Serviceleistungen beibehalten oder erhöhen. Ein Ansatz ist die Einführung eines Bürgerbüros in Innenstadt-Lage, das die Partner realisieren wollen.

5. Magistratsbesetzung

Im Jahre 2009 läuft die Amtszeit des Stadtkämmerers, Sozial- und Beteiligungsdezernenten Dr. Jürgen Barthel (SPD) aus. Anfang 2010 endet die Amtszeit der Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit Anne Janz (Bündnis 90/Die Grünen).

SPD und Bündnis 90/Die Grünen wählen die beiden Dezernenten Dr. Jürgen Barthel und Anne Janz wieder.

Für den
SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Dr. Bernd Hoppe

Für den
Kreisverband Kassel Bündnis 90/Die Grünen

Helga Weber

Dr. Andreas Jürgens

Für die
Rathausfraktion der SPD

Uwe Frankenberger

Für die
Rathausfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Karin Müller

Kassel,